

Landkreis Waldeck-Frankenberg · FD 4.2 · Südring 2 · 34497 Korbach

DER KREISAUSSCHUSS



4.2.WIHI-0002008/25 - per ZU

Frau Maria-Rodica Kalanyos Auf der Nemphe 2 35066 Frankenberg (Eder)

Laura Adel

Postadresse: Südring 2, 34497 Korbach Besuchsadresse: Bahnhofstr. 8 - 12, 35066 Frankenberg (Eder)

Tel. 05631 954-1795 laura.adel@lkwafkb.de (E-Mail-Adresse für formlose Mitteilungen)

www.landkreis-waldeck-frankenberg.de

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen: 4.2.WIHI-0002008/25

Termine nur nach Vereinbarung

Frankenberg, 02.10.2025

Inobhutnahme gemäß § 42 Sozialgesetzbuch (SGB) –Achtes Buch- (VIII)
Ihres Kindes Kalanyos, Maria-Alexandra, geb. 10.03.2009
<a href="https://doi.org/10.03/1

Sehr geehrte Frau Kalanyos,

Ihr Kind Maria-Alexandra Kalanyos wird im Rahmen einer vorläufigen Maßnahme zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vollstationär betreut.

I. Kostenbeitragspflicht nach § 92 Abs. 3 SGB VIII

Die Jugendhilfemaßnahme verursacht erhebliche Kosten, an denen unterhaltspflichtige Personen entsprechend den Bestimmungen des § 10 SGB VIII nach Maßgabe der §§ 91 bis 94 SGB VIII zu beteiligen sind.

Der Unterhalt Ihres Kindes wird im Rahmen der Jugendhilfegewährung in vollem Umfang aus Jugendhilfemitteln sichergestellt. Dadurch ist auch dessen bürgerlich-rechtlicher Unterhaltsanspruch gedeckt und ruht daher für die Dauer der vollstationären Jugendhilfeleistung.

Als unterhaltspflichtiger Elternteil werden Sie hierdurch jedoch <u>nicht</u> Ihrer materiellen Verantwortung gegenüber Maria-Alexandra Kalanyos enthoben.

Konten der Kreiskasse Korbach:

Sparkasse Waldeck-Frankenberg IBAN: DE54 5235 0005 0000 0088 05 BIC: HELADEF1KOR Postbank in Frankfurt (Main) IBAN: DE12 5001 0060 0069 6996 06 BIC: PBNKDEFFXXX Gläubiger ID: DE14ZZZ00000035607 USt-Id Nr.: DE 113 057 900



Dies bedeutet, dass anstelle des sonst durch Sie zu leistenden bürgerlich-rechtlichen Unterhalts, ab Beginn der vollstationären Jugendhilfeleistung nun ein öffentlich-rechtlicher Kostenbeitrag fällig wird, mit dessen Forderung Sie ab sofort zu rechnen haben.

Bisher für Maria-Alexandra Kalanyos entrichtete Unterhaltszahlungen sind daher von Ihnen ab sofort einzustellen, sofern dies noch nicht geschehen ist.

Gleichzeitig weisen wir Sie darauf hin, dass

- mindestens ein Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes für den im Rahmen der Jugendhilfe außerhalb des Elternhauses untergebrachten jungen Menschen von dem kindergeldberechtigten Elternteil zu fordern ist,
- Geldleistungen, die dem gleichen Zweck wie die jeweilige Leistung der Jugendhilfe dienen, unabhängig von einem eventuellen Kostenbeitrag einzusetzen sind (z. B. Renten, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz etc.),
- auch Ihr Kind sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen an den Kosten der Jugendhilfeleistung beteiligen muss.

Wie vorstehend bereits ausgeführt, ist – losgelöst von einer möglichen Forderung eines Kostenbeitrages aus Einkommen – das auf Ihr Kind Maria-Alexandra Kalanyos entfallende anteilige Kindergeld in Anwendung des § 94 Abs. 3 SGB VIII als Kostenersatz zu beanspruchen.

II. Auskunftspflicht nach § 97a SGB VIII

Soweit dies für die Berechnung oder den Erlass eines Kostenbeitrags oder die Übernahme eines Teilnahmebeitrags nach § 90 oder die Ermittlung eines Kostenbeitrags nach den §§ 92 bis 94 erforderlich ist, sind gemäß § 97a SGB VIII Eltern, Ehegatten und Lebenspartner junger Menschen sowie Leistungsberechtigter nach § 19 verpflichtet, dem örtlichen Träger über ihre Einkommensverhältnisse Auskunft zu geben.

Junge Volljährige und volljährige Leistungsberechtigte nach § 19 sind verpflichtet, dem örtlichen Träger über ihre Einkommensverhältnisse Auskunft zu geben. Eltern, denen die Sorge für das Vermögen des Kindes oder des Jugendlichen zusteht, sind auch zur Auskunft über dessen Einkommen verpflichtet. Ist die Sorge über das Vermögen des Kindes oder des Jugendlichen anderen Personen übertragen, so treten diese an die Stelle der Eltern.

Die Pflicht zur Auskunft umfasst auch die Verpflichtung, Name und Anschrift des Arbeitgebers zu nennen, über die Art des Beschäftigungsverhältnisses Auskunft zu geben sowie auf Verlangen Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.

Die zur Erteilung einer Auskunft Verpflichteten können die Auskunft verweigern, soweit sie sich selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr aussetzen würden, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.







Falls Sie jedoch über Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse keine oder nur unvollständige Auskunft geben, weisen wir hiermit darauf hin, dass dann der Arbeitgeber verpflichtet ist, dem örtlichen Träger über die Art des Beschäftigungsverhältnisses und den Arbeitsverdienst Auskunft zu geben.

III. Einzureichende Unterlagen

<u>Auskunftsbogen</u>

Um feststellen zu können, ob und ggfs. in welcher Höhe von Ihnen für Ihr Kind Maria-Alexandra Kalanyos ein Kostenbeitrag zu fordern ist, bitten wir Sie, den beigefügten <u>Auskunftsbogen</u> in allen Punkten sorgfältig ausgefüllt und mit den entsprechenden Nachweisen versehen <u>bis zum</u> <u>23.10.2025</u> an uns zurückzusenden.

Nachweise bei unselbständiger Erwerbstätigkeit

Gemäß § 93 Abs. 4 SGB VIII ist für die Festsetzung des Kostenbeitrags das durchschnittliche Monatseinkommen maßgeblich, das die kostenbeitragspflichtige Person in dem Kalenderjahr erzielt hat, welches dem jeweiligen Kalenderjahr der Leistung oder Maßnahme vorangeht. Nachzuweisen sind alle Einkünfte, die Sie im **Jahr 2024** erhalten haben. Wir bitten Sie daher, uns eine Nettoverdienstbescheinigung für das Jahr 2024 vorzulegen.

Nachweise bei selbständiger Erwerbstätigkeit

Sofern Sie Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit erzielen, sind uns als Nachweis über Ihre Einnahmen der Einkommenssteuerbescheid des letzten Jahres, die letzte Einkommensteuererklärung nebst Anlagen [u. a. letzte endgültige Gewinnermittlung (Einnahme-Überschuss-Rechnung bzw. Gewinn- und Verlustrechnung)], Anlageverzeichnis bzw. Abschreibungsliste (AfA-Liste) bzw. Entwicklung des Anlagevermögens zur letzten endgültigen Gewinnermittlung und Kontennachweise zu Einzelposten der Gewinnermittlung (u.a. "Reisekosten", "Bewirtungskosten", "Werbekosten", "verschiedene Kosten") vorzulegen.

Haben Sie für das letzte Kalenderjahr noch keinen Einkommenssteuerbescheid erhalten bitten wir Sie, die o. g. Unterlagen für das letzte abgeschlossene Wirtschaftsjahr vorzulegen. Für die bis zum letzten Kalenderjahr noch nicht abgeschlossenen Wirtschaftsjahre bitten wir dann um Vorlage der Betriebswirtschaftlichen Auswertung – BWA sowie der Kontennachweise zu den o. g. Einzelposten der Gewinnermittlung.

Neben den Nachweisen für Ihre Einkünfte aus nichtselbständiger oder selbstständiger Tätigkeit, sind uns Nachweise über <u>alle Einnahmen</u> vorzulegen, <u>die Sie im Kalenderjahr 2024, erzielt haben</u>, auch wenn es sich um einmalige Einnahmen oder Einnahmen handelt, die Sie nur für einen Teil des Jahres erhalten haben.

Hinweis zum maßgeblichen Kalenderjahr

Im Ausnahmefall kann der Kostenbeitrag *auf Antrag* aus dem durchschnittlichen Monatseinkommen des Kalenderjahres berechnet werden, in dem die Leistung gewährt wird (z. B: Kostenbeitrag für 2025 aus Einkommen in 2025). Der entsprechende Antrag nach § 93 Abs. 4 Satz 2



und 3 SGB VIII kann erst nach Ablauf des Jahres der Leistung und bis zum Ende des Folgejahres (z. B. frühestens zu Beginn 2026 bis spätestens Ende 2026) gestellt werden.

Darüber hinaus kann gemäß § 93 Abs. 4 Satz 4 SGB VIII *glaubhaft gemacht* werden, dass die Heranziehung auf Basis des Vorjahreseinkommens derzeit (in einem bestimmten Zeitraum) eine *besondere Härte* bedeuten würde (z. B. bei Arbeitslosigkeit, geringerem Einkommen durch Kurzarbeit etc.).

Dann ist vorläufig von dem glaubhaft gemachten aktuellen Einkommen auszugehen und ein **vorläufiger Kostenbeitrag** zu berechnen. Nach Ablauf des Jahres ist das durchschnittliche Monatseinkommen dieses Jahres zu ermitteln und der Kostenbeitrag endgültig zu berechnen und festzusetzen.

Hinweis zu den Kosten der Unterkunft

Kosten der Unterkunft finden bei der Berechnung des Kostenbeitrages keine Berücksichtigung, da sie bereits in die Kostenbeitragstabelle eingearbeitet sind. Die Höhe der tatsächlichen Unterkunftskosten kann nur dann von Bedeutung sein, wenn durch den laut Kostenbeitragstabelle zu leistenden Kostenbeitrag Unterhaltsansprüche gleichrangig Berechtigter geschmälert werden.

Fristgerechte Vorlage

Wir bitten nochmals um fristgerechte Vorlage des Auskunftsbogens und der notwendigen Unterlagen.

Für den Fall, dass der Auskunftsbogen und die zugehörigen Nachweise (Punkt III.) nicht oder nicht fristgerecht eingereicht werden, kann die Festsetzung eines <u>Zwangsgeldes in Höhe von 250,00 €</u> erfolgen. Das Zwangsgeld kann in gleicher Höhe und ohne erneute Androhung mehrfach bis zur Erfüllung der geforderten Handlung festgesetzt werden.

Falls Sie beabsichtigen, den Auskunftsbogen sowie die entsprechenden Belege persönlich vorzulegen, bitten wir Sie, vorab mit dem/der zuständigen Sachbearbeiter/in einen Termin zu vereinbaren.

Sie haben die Möglichkeit, die erforderlichen Unterlagen auch digital über den Link <u>www.landkreis-waldeck-frankenberg.de/kontakt-jugend</u> oder über den nachstehenden QR-Code, unter Angabe des Aktenzeichens **4.2.WIHI-0002008/25**, datenschutzkonform hier einzureichen.







Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

Laura Adel

Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig.

Informationen zu Ihren datenschutzrechtlichen Informationsrechten nach Art. 13 und 14 DS-GVO finden Sie unter <u>www.landkreis-waldeck-frankenberg.de/jugend-datenschutz</u>.



Landkreis Waldeck-Frankenberg -Fachdienst Jugendz.Hd. Laura Adel Südring 2 34497 Korbach

Aktenzeichen: 4.2.WIHI-0002008/25

ERMITTLUNGSBOGEN

betreffend das Kind

Kalanyos, Maria-Alexandra, geb. 10.03.2009

betreffend den/ die Kostenbeitragspflichtige/i

	betreπend den/ die Kostenbeitragspflichtige/n					
		Mutter		Vater		
1.)	<u>Personalien</u>					
Fam	ilien- und Vorname:					
Geb.	-Datum u. GebOrt :					
Fam	ilienstand:					
Ansc	hrift und Telefon:					
ausg	eübter Beruf:					
	itgeber ne und Anschrift)					
	kenkasse :hrift und Versicherungsnumme					
	Unterhaltsberechtigte Ange					
in Ha	aushaltsgemeinschaft					
	Familien- u. Vorname					
	GebDatum					
-	Verwandtschaftsverhältnis					
auß	erhalb des Haushalts					
	Familien-u.Vorname					
	GebDatum					
	Verwandtschaftsverhältnis					
Ī	Unterhaltsleistungen	□ ja *	□ ja *	□ ja *	□ ja *	
	werden erbracht	□ nein	□ nein	□ nein	□ nein	

^{*} Kontoauszüge des letzten Kalenderjahres als Nachweis f.d. Zahlung sind beizufügen



Sparkasse Waldeck-Frankenberg IBAN: DE54 5235 0005 0000 0088 05 BIC: HELADEF1KOR Postbank in Frankfurt (Main) IBAN: DE12 5001 0060 0069 6996 06 BIC: PBNKDEFFXXX Gläubiger ID: DE14ZZZ00000035607 USt-Id Nr.: DE 113 057 900



Arbeitseink. gesetzl. Netto	Einkünfte aus Vermögen
Arbeitslosengeld I / II	Miet/ Pachteinnahmen
Sozialhilfe	Einn.aus selbst. Tätigk
Krankengeld	Kindergeld
Renten	Fam.Kasse/Kindergeld-Nr.
Unterhaltsleistungen	Sonstige Einkünfte
p) <u>Einkommen der im Haushalt lebe</u>	nden Angehörigen
Name / Einnahmeart	
<u>Versicherungen</u> Haftpflicht	
Hausrat	
Beiträge zur Altersvorsorge	
Unfallversicherung	
weitere Versicherungen	
Sonstige Belastungen	
	·
Sonstiges	
<u>Sonstiges</u>	
Sonstiges	
Sonstiges 	
Sonstiges	
Sonstiges	
h § 97 a SGB VIII sind Sie zur Auskunft st oder einen in § 383 Abs. 1 Nr.1 k	t verpflichtet. Sie können die Auskunft nur verweigern, sowe bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen d ler einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.
h § 97 a SGB VIII sind Sie zur Auskunft st oder einen in § 383 Abs. 1 Nr.1 k setzen würden, wegen einer Straftat od erkläre, dass ich alle Angaben wahrheit:	bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen o
h § 97 a SGB VIII sind Sie zur Auskunft st oder einen in § 383 Abs. 1 Nr.1 k setzen würden, wegen einer Straftat od erkläre, dass ich alle Angaben wahrheit:	bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen of Ier einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. sgemäß und vollständig gemacht habe. Mir ist bekannt, dass

Konten der Kreiskasse Korbach:

Gläubiger ID: DE14ZZZ00000035607 USt-Id Nr.: DE 113 057 900

